

Großer Andrang bei SOLWODI-Podiumsdiskussion in der Landesvertretung Rheinland-Pfalz in Berlin/ Im Mittelpunkt stand die Frage:

Wo verläuft die Grenze zwischen freiwilliger und erzwungener Prostitution?

Boppard, 13.05.09. Im Gutenbergsaal der rheinland-pfälzischen Landesvertretung in Berlin herrschte am 6. Mai großer Andrang. Zur SOLWODI-Podiumsdiskussion über „Prostitution und Menschenrechte“ kamen so viele Gäste, dass unentwegt neue Stuhlreihen aufgebaut werden mussten. Dr. Cornelia Dömer hielt stellvertretend für Staatssekretär Dr. Karl-Heinz Klär, dem Leiter der Landesvertretung, die Begrüßungsansprache. Sie sagte: Es sei es eine Freude, nach der Einweihungsfeier für die Berliner SOLWODI-Beratungsstelle im vergangenen Jahr erneut eine Veranstaltung für SOLWODI auszurichten. „Das Land Rheinland-Pfalz ist stolz auf Schwester Lea und ihre Arbeit.“

Auf dem Podium saßen außer der SOLWODI-Gründerin und -Vorsitzenden Sr. Dr. Lea Ackermann: Ingrid Fischbach, MdB, Vorsitzende der Gruppe der Frauen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und stellvertretende Landesvorsitzende der Frauen-Union NRW; Elke Ferner, MdB, stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion und Bundesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF); Prof. Birgit Thoma, Alice-Salomon-Hochschule Berlin, Strafrechtlerin und Kriminologin; Kriminaldirektor Klaus Bayerl, Leiter der Kripo in Augsburg und Experte für Straftaten im Bereich Menschenhandel und Prostitution, sowie der junge Journalist und Filmemacher Lukas Roegler, bekannt durch seinen preisgekrönten Dokumentarfilm „Meine Hölle Europa“ über den Handel mit nigerianischen Frauen. Die TV-Journalistin und Südosteuropa-Expertin Inge Bell – für ihr ehrenamtliches Engagement gegen die sexuelle Ausbeutung von Frauen und Kindern auf dem Balkan mit dem Preis „Frau Europas 2007“ ausgezeichnet – war eigens von Dreharbeiten in der serbischen Stadt Novi Sad nach Berlin geflogen, um die Diskussion zu moderieren. Dafür verlangte sie kein Honorar, wie alle auf dem Podium.

Im Mittelpunkt des Abends stand die Frage: Wo verläuft die Grenze zwischen freiwilliger und erzwungener Prostitution? Dass diese Grenzziehung quasi unmöglich ist, machte Lukas Roegler am Beispiel Nigeria deutlich. 80 Prozent aller Nigerianerinnen unter 18 Jahren seien mindestens einmal vergewaltigt worden, sagte der Filmemacher. „In einem solchen frauenverachtenden, patriarchalischen System ist der Schritt in die Prostitution völlig normal.“ Die hohe Arbeitslosenquote komme erschwerend hinzu. „Junge Nigerianerinnen prostituieren sich in Europa, um ihre Familien ernähren zu können.“ Scheinbar handele es sich dabei um freiwillige Prostitution. „Aber in Wahrheit ist es Zwangsprostitution, weil die Grundsituation dieser Frauen aus lauter Zwängen besteht.“

Sie habe generell Probleme mit dem Begriff Freiwilligkeit, betonte die Juristin Birgit Thoma. „Es kommt immer darauf an, welche Entscheidungsmöglichkeiten ein Mensch hat.“ Unter anderem auf Grund seiner sozialen Situation. Hinter dem Prostitutionsgesetz (ProstG), das die so genannte freiwillige Prostitution in Deutschland legalisierte, stecke die eigentlich gute Absicht, soziale Ungerechtigkeiten auszugleichen: zum Beispiel durch reguläre Beschäftigungsverhältnisse für Prostituierte. „Damit sollte die Prostitution in einen hellen Sektor überführt werden.“ Das sei misslungen. Ein grauer Sektor sei entstanden: „Legale Prostitution mit Gewalt, Druck und Ausbeutung.“

Das bestätigte Kriminaldirektor Klaus Bayerl. Die Idealisierung der Prostitution, die in Deutschland seit Inkrafttreten des ProstG vor sieben Jahren zu beobachten sei, verstelle den Blick auf die Realität. „Betritt man eines der neuen Wellness-Bordelle, die es mittlerweile in allen größeren Städten gibt, sieht alles sauber und freundlich aus. Doch wenn man an dieser schönen Fassade kratzt, stößt man auf rohe Gewalt.“ Prostitution sei nun einmal untrennbar mit Kriminalität verbunden – im Fall der neuen Wellness-Bordelle meist mit Organisierter Kriminalität (OK), die im Hintergrund die Fäden ziehe.

Was also auf politischer Ebene dagegen tun? fragte Inge Bell, woraufhin Birgit Thoma daran erinnerte: Bereits 1949 sei eine UN-Konvention über die Menschenrechtswidrigkeit von Prostitution verabschiedet worden. Deutschland habe sie nie ratifiziert. Mit Ausnahme von Schweden halte sich kaum ein Staat daran. In Schweden werde Prostitution als Männergewalt gegen Frauen definiert. Darum kriminalisiere ein 1999 in Kraft getretenes, „Frauenfrieden“ genanntes Gesetz die Nachfrager. „Damit soll aber vor allem ein Bewusstseinswandel in der Gesellschaft erreicht werden“, erklärte Inge Bell. „Wäre der schwedische Weg auch ein möglicher Weg für Deutschland?“ fuhr die Moderatorin an die Politikerinnen gewandt fort.

Die Sozialdemokratin Elke Ferner bezweifelte dies. „Prohibition verändert nichts, auch nicht das Bewusstsein.“ Durch Verbote werde Prostitution nur in die Illegalität abgedrängt, wodurch Zwangsprostitution „dann noch virulenter“ werde. Eine gesellschaftliche Bewusstseinsveränderung müsse bei dem „sexualisierten Frauenbild“ ansetzen, das signalisiere: „Frauen sind allzeit bereit und Menschen zweiter Klasse.“ Wie sehr sich dieses Frauenbild inzwischen in den Köpfen festgesetzt hat, verdeutlichte Elke Ferner an folgendem Beispiel: „Wenn wir von der ASF oder andere Frauenorganisationen den Deutschen Werberat auf sexistische Werbung aufmerksam machen, wird uns sofort unterstellt, wir wären prude.“

Auch die Christdemokratin Ingrid Fischbach hält nicht viel vom schwedischen Modell: „Es hat die Lage der Prostituierten nicht verbessert.“ Genauso wenig wie das deutsche ProstG. Nur ein Prozent der legalen Prostituierten in Deutschland sei fest angestellt. 87 Prozent seien krankenversichert, „aber nur sieben Prozent unter ihrer wahren Berufsbezeichnung“. Bereits vor Inkrafttreten des Prostitutionsgesetzes sei ein Großteil der Prostituierten in der Krankenversicherung gewesen, meist über Familienmitglieder angemeldet. Wie auch immer: „Wir müssen andere Lösungen finden.“ Der Ausstieg aus der Prostitution sei oberstes Ziel. Darüber hinaus wolle die CDU/CSU-Bundestagsfraktion „alle Formen der Ausbeutung von Prostituierten strafwürdig stellen“, inklusive der „ausbeuterischen Vermietung von Räumen“. Ingrid Fischbach: „Die Forderungen der SOLWODI-Kampagne kann ich unterschreiben.“

Die beiden zentralen SOLWODI-Forderungen lauten: „Keine abhängige Beschäftigung von Prostituierten, sondern ausschließlich selbständige Tätigkeit ohne Weisungsbefugnisse Dritter.“ Und: „Strafrechtliche Verfolgung jeglicher Eingriffe in das Selbstbestimmungsrecht sowie jeglicher Einschränkung der Dispositionsfreiheit von Prostituierten.“ Sr. Lea Ackermann verhehlte nicht, dass sie den schwedischen Weg favorisiert. Bei der Kampagne jedoch habe SOLWODI einen pragmatischen Kompromiss gemacht, der in Deutschland ein gangbarer Weg sei. Manchmal wünsche sie sich, in Frankreich zu leben, gestand die SOLWODI-Chefin. Dort erklärten Menschenrechtsorganisationen wie „Le Nid und die Fondation Scelles“ schlicht und einfach „Wir setzen uns für ein Europa ohne Prostitution ein!“ und erhielten auch noch Beifall dafür: „Davon kann man hier in Deutschland nur träumen.“

